

**Haushaltsrede 2011
des Vorsitzenden der Stadtratsfraktion
Die Grünen im Rat
Dr. Bernhard Braun
am 21.02.2011**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Stadtvorstand,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in diesem Jahr erneut eine Rekordverschuldung erzielt. Das ist kein Lobesblatt, aber es ist Tatsache. Auch wenn wir immer wieder sagen, dass wir eine Rekordverschuldung haben, so ist es nicht das Gleiche wie im letzten Jahr. Es ist wieder eine Besonderheit, weil der Schuldendienst höher ist und es jedes Jahr schwieriger wird, aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Herr Zeiser legt jetzt seinen letzten Haushalt vor. Die letzten 10 Jahre haben wir eine Milliarde Schulden in dieser Stadt angehäuft. Es ist nicht die Schuld von Herrn Zeiser - zumindest nicht alleine -, dass es so gelaufen ist. Es sind natürlich die Rahmenbedingungen aus Bund und Land und es ist auch die Struktur der Stadt, die in einer Zeit entstanden ist, die überbordend reich war, in der man dachte, Ludwigshafen kann vieles alleine tragen - siehe Hochstraße Nord und die anderen Hochstraßen und die vielen Investitionen, an deren Folgen wir jetzt noch zu leiden haben. Und „leiden“ ist bei den Hochstraßen vielleicht ein zu geringer Ausdruck.

Dennoch müssen wir schauen, wie wir diese Situation verbessern – erst mal hier in Ludwigshafen und dann natürlich bundes- und landesweit. Grundvoraussetzung für jegliche Entschuldigung in Ludwigshafen ist, dass in Berlin die Gesetze so gemacht werden müssen, dass sie die Konnexität ernst nehmen und dass sie vor allem aber auch bei den Sozialkosten entlasten.

Eine Grundsicherung und eine Grundsicherung im Alter, wie sie im Moment in der Diskussion ist, ist nur ein erster Schritt; es müssen aber noch weitere Schritte folgen. Die Städte können die sozialen Lasten auf die Dauer nicht tragen - das wissen wir alle; deswegen muss es gesetzliche Änderungen geben.

Aber auch in Mainz muss es Änderungen geben und da ist der Entschuldungsfond ein erster Schritt. Ich freue mich natürlich, dass positiv gesehen wird, einerseits von der SPD, verstehe allerdings nicht, warum sich die CDU im Moment noch so ziert. Wir werden doch keine andere Chance haben, Herr Jöckel. Da möchte ich Sie doch am Ende des Jahres sehen, wenn Sie sagen, Sie machen nicht mit beim Entschuldungsfond. Es wird ja doch zu einem Ja kommen und insofern sollte man deutlich machen, dass man gar keine andere Chance hat, als eine „milliardenverschuldete“ Stadt in diesen Verschuldungsfond einzutreten, das Landesangebot positiv anzunehmen und in die Entschuldung einzusteigen. Ich glaube, das wäre ein erster Schritt, ein guter Schritt.

Aber auch da muss klar sein, dass das Land ebenfalls andere Finanzausgleichsmaßnahmen finden muss. Wir in der Stadt brauchen eine andere Grundfinanzierung über den Länderfinanzausgleich und wir brauchen eine andere Grundfinanzierung über die Aufgaben, die wir haben und die wir schultern müssen. Natürlich muss es eine Umverteilung zwischen Land und Stadt geben und es kann ja keine Neuverteilung geben. Geld können wir nicht drucken – würden wir es drucken, hätten wir Inflation – also müssen wir das Geld, das wir haben, an-

ders verteilen und das kann nur so sein, dass die Städte, die inzwischen immer mehr Aufgaben haben als früher, auch von der Grundlage besser finanziert werden.

Nehmen wir den ÖPNV, nehmen wir die Sozialkosten, nehmen wir aber auch alle anderen zentralen Strukturen, bei den Schulen beispielsweise. Das tragen ja die Landkreise nicht; das trägt ja die Stadt, das tragen die Städte. Deswegen werden die Grünen dies umzusetzen, wenn wir die Chance dazu haben. Deswegen muss der Landesfinanzausgleich ein anderer sein und Städte müssen mehr Unterstützung bekommen, als die Landkreise jetzt haben.

Wir sind allerdings der Auffassung, auch wir können einiges tun zur Verbesserung der Einnahmen und zur Verringerung der Ausgaben. Bei den Ausgaben, dazu komme ich später – es ist ja nicht unsere Aufgabe, die Stadt zu loben. Die Opposition versucht ja kritische Anmerkungen zu machen, ich möchte das am Anfang der Kritik hier auch sagen. Wir freuen uns natürlich, dass die Verwaltung so gute Vorarbeit geleistet hat und wir verdammen auch nicht alles, was in dieser Stadt passiert. Den Ausbau der Kindertagesstätten beispielsweise, das Übernahmeangebot an die sozialen Träger, das ist eine gute Sache. Auch in den Bereichen Bildung haben wir eine gute Entwicklung. Aber wir als Fraktion der Opposition dürfen hier auch unsere Kritik üben und wir glauben, wir haben gute Punkte, wir haben viele Punkte, die wir verbessern könnten.

Die Einnahmesituation ist natürlich unbefriedigend. Die letzten Jahre, Herr Zeiser, da sind wir Ihnen immer gefolgt, bei der Erhöhung der Grundsteuer - d.h. Mieter wurden mehr belastet, Besitzer von Häusern in Ludwigshafen wurden mehr belastet. Die Einnahmen über die Gebühren wurden erhöht, es wurden die Eintrittsgelder erhöht. Heute erhöhen wir wieder die Gebühren bei der Musikschule. Also jeder in Ludwigshafen trägt seine Last an dieser Verschuldung der Stadt. Da muss man sich fragen, jeder?

Da war doch eine kleine Firma, die in den letzten 10 Jahren nicht mehr an Gewerbesteuerersatz zahlen muss. Ganz anders als die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die immer mehr Belastung haben. Da gibt es eine Firma in Ludwigshafen, die immer mehr verdient, ganz anders als die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt, aber eben nicht einen höheren Gewerbesteuerersatz zu schultern hat. Ich kenne die Argumentation, wenn wir jetzt höher gehen, dann geht die BASF in die anderen Städte und versteuert dort. Unser heutiger Vorschlag – insofern machen wir diesen Vorschlag nicht jedes Jahr, Frau Scharfenberger, letztes Jahr haben wir ihn gar nicht gemacht - und bisher immer höher, 30 Punkte- und nun sagt der Kämmerer, wenn wir 30 Punkte erhöhen, da geht die BASF in die nächste Versammlung im Mai, im Rosengarten drüben - leider nicht in Ludwigshafen - soviel zur Standortsicherheit - und sagt ihren Aktionärinnen und Aktionären, wir machen bei der Gewinnabführung nicht mehr mit. Wenn wir aber 10 Punkte erhöhen, Sie glauben doch nicht, dass die BASF zu ihren Aktionärinnen und Aktionären geht und wegen 4 Millionen Steuererhöhung in Ludwigshafen und die Hauptversammlung damit belastet und auch nur einen Punkt darüber diskutiert, dass das so nicht gehen kann. Also wir glauben, wir können auch in dem Bereich eine Erhöhung durchsetzen und für 4 Millionen können wir viel, viel Gutes tun in Ludwigshafen. Einige Vorschläge werden wir noch machen, was wir gutes tun können.

Wir haben auch andere Möglichkeiten noch Einnahmen zu steigern. Wir machen das seit langem als Vorschlag, letztes Jahr auch schon, wir können unsere Anteile am Flugplatz Speyer verkaufen. Nun sind Sie zu Recht der Auffassung, wir sollten garantiert nicht die TWL und die GAG verkaufen – das wollen wir auch nicht - aber können Sie mir mal sagen, welche Funktion die Stadt Ludwigshafen als Kommune hat, als Mitinvestor und als Mitträger eines Flugplatzes in Speyer, der noch nicht einmal einen öffentlichen Flugverkehr hat, sondern nur den Taxiflugverkehr und den Sportflugverkehr. Können Sie mir das mal hier erklären, dann könnten wir das das nächste Mal vielleicht von der Tagesordnung nehmen, aber das hat mir noch nie jemand erklären können und deshalb glaube ich, wir sollten solche Beteiligungen, die völlig unnötig sind, einfach verkaufen und wir sollten uns davon zurückziehen. Das ist

machbar und allein aus diesem Erlös, den wir dort erhalten, können wir Kleinmaßnahmen, die wir hier haben, im sozialen Bereich fördern und können die dann auch umsetzen. Das wäre eine Möglichkeit und ich weiß nicht, warum Sie uns in diesem Vorschlag nicht folgen wollen, Herr Jöckel, Sie haben ja schon angekündigt, Sie wollen alle Änderungsanträge ablehnen. Schön wären natürlich auch ein paar Argumente dazu.

Wir haben im Bereich der Verteilung in Ludwigshafen ein Problem. Wir haben große Kosten beim Pfalzbau, bei der Investition gehabt und haben die geschultert. Das Theater selbst bekommt ja im Vergleich zu den anderen Theatern in Rheinland-Pfalz und Umgebung nur ein Hungerzubrot. In den anderen Theatern ist es das Zehnfache - die haben auch ein Ensemble - aber der Bau, die Renovierung des Pfalzbaus hat sehr viel gekostet.

Wir schultern viel bei der Renovierung von Schulen und wir schultern viel bei der Renovierung von Straßen. Jetzt gab es eine Diskussion, die auch die SPD hier erfasst hat, nämlich die Diskussion um das Sozialticket in Ludwigshafen und dies ist eine gute Diskussion. Natürlich brauchen wir das, dass Menschen die es sich sonst nicht leisten können, möglicherweise auch schlechte Jobs annehmen, dass die mobil sind in Ludwigshafen, dass wir ein Sozialticket umsetzen. Es gelingt aber den Mehrheitsfraktionen offensichtlich nicht, das auf den Wege zu bringen, sonst würde man das nicht drei Jahre lang diskutieren, immer wieder in der Schublade verschwinden lassen und irgendwann dann wieder rausholen, wenn es gerade genehm ist. Das ist ein Punkt, da könnten wir ansetzen, da könnten wir was tun.

Und da ist ein Punkt, der mich besonders geärgert oder fast entsetzt hat. Vor ein, zwei Sitzungen hier im Stadtrat haben wir den Beschluss gefasst, dass die Ärmsten der Armen, die Obdachlosen in der Bayreuther Straße mehr Gebühren für ihre Wohnungen bezahlen müssen - dies sind ja keine Mieten - als sie bisher gezahlt haben. Das waren 30 Prozent. Ich halte eine Stadt, die dann in ihrem Haushalt durch die Gebührenerhöhung bei den Ärmsten der Armen 6.000 Euro an Mehreinnahmen als Erfolg verbucht, für nicht sozial und halte auch die Parteien, die dies mittragen, für nicht sozial. Es kann nicht sein, dass wir 6.000 Euro auf der einen Seite holen und auf der anderen Seite mal 10.000, 20.000, 30.000 Euro gar nicht so sehr beäugen und dann 500.000 Euro aus der Tasche ziehen, um die Oberflächen der Straßen wieder gerade zu kriegen, weil ein paar Schlaglöcher drin sind. Das ist nicht eine soziale Stadt. Wenn – und ich bin sehr dafür, dass die Schlaglöcher weggemacht werden - wir das schaffen, müssen wir auch im Sozialbereich einiges auf die Reihe kriegen, einiges noch verbessern und nicht die Lage noch verschlechtern.

Wir verschlechtern ja nicht nur in dem Bereich. „Mädchenarbeit“, dies wurde im Jugendhilfeausschuss ausreichend diskutiert. Wo bleibt denn die Unterstützung? Mädchenarbeit? Wird gestrichen im Haushalt. Es gibt ein neues Konzept - das wurde versprochen - liegt aber nicht vor. Ich bin gespannt, wann es vorliegt und wann die Mädchenarbeit weitergeführt werden kann. Wir feiern demnächst den 100. Tag der Frau, Frauenrechtstag und machen hier im Haushalt gleichzeitig den Beschluss, die Mädchenarbeit zu kürzen. Die Verwaltung wird gelobt, weil der Frauenanteil hier besonders hoch ist und viel besser als im Dax-Konzern - das ist auch nicht schwierig – aber auf der anderen Seite kürzen wir bei den Mädchen, die ja genau in diese Rolle hineinwachsen sollen, dass sie mal Führungskräfte werden und eben nicht benachteiligt sind. Diese Kürzungen halten wir für nicht adäquat, wir halten die für schädlich und deswegen lehnen wir sie ab und haben beantragt, dass da wieder aufgestockt wird.

Das Gleiche gilt für die Hausaufgabenhilfe für Migrantinnen und Migranten. Wir haben da einen Satz im Haushalt, der ist seit Jahren gleich, der wird noch nicht mal immer abgerufen. Aber die Frage ist doch, wie organisiere ich so was? Es kann doch nicht sein, dass wir da 20, 30, 40 oder 50.000 Euro im Haushalt stehen haben und dann sagen, das reicht an Nachhilfe für Migrantinnen und Migranten und wenn wir auf der anderen Seite wissen, es sind über 25 Prozent gewesen, die den Hauptschulabschluss nicht geschafft haben in Ludwigshafen. Da muss doch mehr investiert werden, wenn wir wissen, Bildung ist unsere Zu-

kunft, wenn wir wissen, Integration ist unsere Zukunft, dann ist das doch in dem Bereich ein kleiner Schritt, um 20, 30, 40.000 Euro wenigstens mal zu erhöhen, mit einem Effekt, der tatsächlich da ist am Schluss; der ist doch dann gangbar. Man kann doch nicht sagen, die ADD gestattet uns das nicht oder sonst irgendwas. Nein, die 20, 30.000 Euro in dem Bereich sind gangbar und sie sind absolut notwendig. Man kann nicht so tun, als könnte man Problem lösen durch Worte und keine Taten folgen lassen. Es kann nicht sein, dass Frau Böhmer vorbeikommt, hier versucht Integrationspolitik zu verkaufen und wir es dann nicht schaffen im Bereich der Migrationsarbeit und vor allem auch bei der Hausaufgabehilfe für die Schülerinnen und Schüler aus diesem Bereich nicht zuzulegen. Deswegen wollen wir hier aufstocken. Das sind auch nur 30.000 Euro. Eine Summe, die nur 6 % der Schlaglochsonderkosten abdeckt. Mit diesen 6 % aus dem Schlaglochbereich würden wir in der Migrationsarbeit durchaus einen Dienst leisten.

Auf der anderen Seite wollen wir für den Migrationsbeirat auch ein kleines Budget haben, damit er selbstständig arbeiten kann. Es ist doch sinnvoll und richtig, wenn man einen solchen Beirat institutionalisiert und gewählt hat, dass er dann auch handlungsfähig ist und deswegen brauchen wir, um den Migrationsbeirat handlungsfähig zu halten, 20.000 Euro im Jahr. Ich glaube auch, das ist durchaus machbar. Das ist natürlich nicht das, was der Beirat wert ist – der ist viel mehr wert - aber es ist zumindest mal ein Anfang und wir würden ein Zeichen setzen, dass wir wollen, dass der Migrationsbeirat auch handlungsfähig ist.

Wir haben dann in dieser Stadt Ludwigshafen viele andere Probleme im Bereich des Bauens, im Bereich der Stadtentwicklung. Die Haltestelle am Klinikum der Stadt Ludwigshafen ist eine unendliche Geschichte. In Friesenheim kennt man die besonders gut, weil sie schon so oft im Ortsbeirat diskutiert wurde. Immer wieder wird man vertröstet, die Haltestelle ist nicht behindertengerecht ausgebaut. Wenn wir einen öffentlichen Nahverkehr haben wollen, der für alle zugänglich ist, dann muss man doch gerade an der Stelle, am Klinikum, eine behindertengerechte Haltestelle bauen. Es kann doch nicht sein, dass wir seit 10 Jahren oder länger diskutieren und keinen einzigen Schritt weiterkommen. Deswegen sind wir für den Umbau der Haltestelle am Klinikum.

Ich weiß, die Diskussion ist immer die gleiche. Die Hohenzollernstraße wird ausgebaut; man weiß aber nicht wann. Vielleicht in 5 Jahren oder auch in 3, vielleicht aber auch nie und deswegen müssen wir an der Stelle handeln. Ich sehe dies im Aufsichtsrat der RNV: in anderen Städten werden solche Umbaumaßnahmen einfach gemacht. Das heißt nicht, dass diese Städte reicher sind. Auch Heidelberg ist arm und Mannheim ist auch nicht gerade reich. Von daher, glaube ich, so arm ist auch Ludwigshafen nicht, dass wir diese Haltestelle nicht umbauen können. Ich glaube, es ist auch politischer Wille, die Haltestelle am Klinikum umzubauen und die Leute nicht weiter zu vertrösten.

Wir haben außerdem - und auch dies ist wichtig - gerade in der Innenstadt und in Nord eine Baupolitik, eine Strukturpolitik, die nicht in Abriss geht, sondern in Erhaltung. Da gehe ich davon aus, dass wir uns einig sind. Wir haben dort das Don Bosco-Haus, das seit vielen Jahren leer steht. Nachdem jetzt die Stiftung für die medizinische Hochschule endgültig begraben ist, muss man mit dieser Immobilie etwas anfangen. Wir sind durchaus der Auffassung, da kann man Ideen einbringen. Es wäre durchaus sinnvoll, dort eine Jugendfreizeitstätte oder Vereinsunterkünfte, wie es früher schon mal war, zu institutionalisieren. Auf der anderen Seite sind wir offen, dass es auch andere Nutzungen geben kann. Also wollen wir einen Wettbewerb, dass sich Menschen Gedanken machen können, dass wir in diesem Jahr in die Vorbereitung gehen für eine Beplanung und Umplanung an dieser Stelle.

Sie haben es gesagt, die Hochstraße Nord ist ein Sorgenkind dieser Stadt. Jeder hier im Stadtrat hat schon einmal gesagt, heutzutage würde man die Straßenpolitik, die Infrastrukturpolitik, die Verkehrspolitik so nicht mehr machen. Man würde nicht mehr solche Hochstraßen bauen, sondern würde eine andere Strukturpolitik machen. Jetzt haben wir vom Verkehrs- und Umweltdezernenten gehört, dass diese Hochstraße zum Teil abgerissen werden

muss. Wir wissen nicht, in welchen Teilen sie abgerissen werden muss. Wir wissen aber, dass wir keinen haben, der im Moment die Renovierung finanziert. Ich appelliere an alle, die hier politische Verantwortung tragen, offen an die Zukunftsplanung dieser Hochstraße heran zu gehen. Wenn wir alle sagen, wir würden es heute nicht mehr so machen, dann ist es vielleicht in 10 Jahren, wenn diese Hochstraße renoviert wäre, dann ist es vielleicht immer noch die falsche Politik. Vielleicht kann man eine andere Verkehrspolitik in Ludwigshafen durchsetzen. Wir werden in 10 Jahren, wenn wir diese Straße renoviert haben, ja nicht von Folgekosten entlastet sein, sondern es wird so weiter gehen. Natürlich gibt es auch dann Konstruktionsfehler und Baufehler und es wird weiter Salz gestreut werden und natürlich werden wir auch dann Folgekosten haben, die wir als Stadt doch gar nicht tragen können. Deswegen sagen wir, offener Umgang und Einstellung von Haushaltsmitteln für alternative Planungen, falls die Hochstraße Nord - nicht das ganze Hochstraßensystem - für 150, 200 Millionen Euro wieder so aufgebaut werden soll oder ob es Alternativen dazu gibt.

Wir sind uns auf der einen Seite auch einig, dass wir Altlasten hier in Ludwigshafen auf die Dauer beseitigen müssen. Wir hatten jetzt eine heftige Diskussion im Ortsbeirat Gartenstadt. Die SPD ist für die Teilsanierung des Metrogeländes dort – davon hört man hier nichts im Stadtrat; ist ja auch ein anders Gremium. Ich habe noch keinen hier gehört, der das vertritt. Sagen Sie es doch einfach hier als SPD: wir wollen in die Teilsanierung gehen. Die SPD hat hierzu kein klares Profil, das man erkennen kann. Von daher wäre es sinnvoll, klar zu machen: was ist die Marschrichtung?

Wir sagen eine Sanierung muss sein. Andere Fraktionen hier im Rat sagen das auch und deswegen wollen wir nochmal 500.000 Euro einstellen für dieses Jahr, um die Planungen vorzuziehen und weiter zu ziehen. Natürlich muss es da eine gemeinsame Lösung mit dem Land und mit dem Bund geben. Jetzt sagen Sie wieder, es ist kein Geld da; aber das ist ja bei der Hochstraße Nord auch so und Sie glauben ja auch dran, dass da Gelder kommen. Von daher ist auch bei einem Altlastenfond durchaus die Möglichkeit gegeben, auch Landes- und Bundesmittel zu erhalten.

Es gibt noch viele Punkte die wir anführen könnten, aber jetzt haben wir gehört, dass es starke Folgeschäden wegen des Streusalzeinsatzes des harten Winters gibt. Die gleichen wir aus und haben dann nochmal eine Sonderausgabe von 500.000 EUR. Dies habe ich schon in den verschiedenen Ausschüssen vorgebracht: auch die Natur leidet unter dem Salzeinsatz, auch Straßenbäume gehen kaputt, werden gefällt und werden nicht nachgepflanzt. Es ist im Hauptausschuss auch dargestellt worden, selbst die Straßenbäume, die wir von der Gesetzeslage her nachpflanzen müssten und die wir als Ausgleichsmaßnahmen machen müssen, selbst diese Straßenbäume können auf Grund der finanziellen Situation der Stadt nicht nachgepflanzt werden - es wurde da von 40.000 Euro gesprochen. Ich möchte das nochmal vergleichen, auch wenn der Kämmerer sich ärgert, 500.000 Schlaglochsonderposition, 40.000 wären für die Bäume notwendig. Für die Bäume haben wir die 40.000 nicht. Da stimmt doch etwas nicht in dieser Stadt, wenn wir die 40.000 für die Bäume nicht haben, aber auf der anderen Seite haben wir das Geld. Also wenn wir als Stadt auf Dauer attraktiv sein wollen, dann müssen wir natürlich auch in der Umweltpolitik zulegen, müssen vor allem auch die Sanierungen umweltpolitisch betreiben, aber auch im grünen Bereich zulegen und nachpflanzen.

Wir haben den Antrag gestellt, ein Kulturticket einzurichten. Das haben wir vor zwei Jahren schon einmal beantragt, aber manchmal reifen die Ideen so nach und nach und man hofft, dass es ein Stück vorangeht mit den Überlegungen. Wir haben im Hauptausschuss darüber diskutiert, dass wir zu wenige Besucher in unseren kulturellen Einrichtungen haben. Ich glaube, die Programme die es da gibt, hätten deutlich mehr Besucherinnen und Besucher verdient. Wir haben eine hohe Qualität in unseren kulturellen Einrichtungen und deswegen sollten wir auch als Stadtrat darauf achten, dass wir möglichst viele Leute in diese Einrichtungen hineinziehen können.

Wir haben heute einen Antrag vorliegen, die Öffnungszeiten samstags im Hackmuseum irgendwie zu kürzen und die Einnahmen im Pfalzbau zu erhöhen. Das sind Dinge, die sich die FDP überlegt hat. Herr Glahn, ich glaube, andersherum wird ein Schuh daraus.

Wir müssen zuerst mal schauen, dass wir attraktiv sind und dass wir vor allem die jungen Leute in unsere kulturellen Einrichtungen hinein bekommen. D.h. wir müssen ein Angebot machen, das nicht abschreckt durch die Eintrittskosten sondern, dass - wie auch in anderen großen Städten - ein Angebot für junge Leute bringt, die dann kostengünstig in diese Institutionen gehen können. Wir sagen 10 Euro pro Jugendlicher und Jahr in Ludwigshafen. Ein Kulturticket für Ludwigshafen und nicht für die von außerhalb. Das wäre eine lohnende Investition vor allem auf die Zukunft hin gesehen. Eine dauerhaft lohnende Investition, vielleicht sogar finanziell lohnend, dass die Leute, die sich jetzt an die Institutionen der Kultur gewöhnen und dann später auch als Eintritt zahlende Gäste wieder gesehen werden, d. h. wir können davon eigentlich nur profitieren.

Es ist schade, wenn dies auch wieder abgelehnt wird, ohne dass wir hören, warum es abgelehnt wird. Denn die Kosten sind nicht so hoch aber der Effekt wäre hoch. Wenn es nur abgelehnt wird weil es von der Opposition kommt, dann wäre es wirklich ein Fehler und wir können es auch in den Ausschuss verweisen und könnten durchaus anhand dieses Vorschlags eine vernünftige Lösung finden, wie wir Jugendliche von den Eintrittsgeldern entlasten können und dadurch vermehrt in die kulturellen Veranstaltung hinein bekommen können.

Sie sehen es gibt Vorschläge, die kosten nicht viel; die haben aber große Effekte. Wir haben uns viele Gedanken gemacht, sonst hätten wir das alles jetzt nicht vortragen können. Wir haben auch nicht alle Gedanken, die wir entwickelt haben auf Papier gebracht, weil das heute nicht der richtige Ort wäre, alle diese Innovationen vorzuschlagen. Aber die haushaltsrelevanten Dinge, die heute umgesetzt werden können, wollten wir Ihnen zur Kenntnis geben. Ich glaube auch, dass wir in vielen Bereichen, gerade in der Migrationsarbeit, in der kulturellen Arbeit und in der Bildungs- und in der Mädchenarbeit richtig liegen. Ich glaube auch, dass da die Mehrheit des Stadtrates verdient wäre für unsere Vorschläge und ich bitte Sie deswegen, diesen Vorschlägen wenn nicht heute, dann das nächste Mal zuzustimmen.

Danke schön.